



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/175 - 1.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zum Thema: Europa als Vorwand	S. 1
Großbritannien vor seiner größten Lohnbewegung - Bericht aus London	S. 3
Berlin-Brief an Adenauer	S. 5
<u>Anhang:</u> Frau und Familie im Aktionsprogramm	

Neuropa und der Salazarismus

F.P. Wenn im Schuman-Plan das letzte große Stück wirtschaftlicher Potenz, das uns noch verblieben war, die Ruhrkohle, aus der Hand gegeben wurde, - wenn im Schuman-Plan das Saargebiet unter französischer Verfügungsgewalt bleibt und die Delegation Frankreichs diesen Teil Deutschlands vertritt, - wenn im Generalvertrag das Besatzungsregime versteinert wird, - wenn nach dem EVG-Abkommen den beabsichtigten deutschen Divisionen die Rolle einer Fremdenlegion oder eines Rheinbundkontingents zugebracht ist und die Bundesrepublik in die Stellung eines mit Lasten überbürdeten Heloten manövriert wurde, dann wird in hundert Abwandlungen mit dem Argument operiert, daß wir zustimmen, daß wir Opfer bringen müßten in "europäischem Geiste", um Europas willen. Mit nimmermüder Geschäftigkeit wird versucht, das deutsche Volk über die hintergründigen Absichten in diesen Verträgen hinwegzutäuschen.

Es gibt kein Wort in der Gegenwart, das so oft und auf verschiedene Weise mißbraucht worden ist und wird wie der Begriff "Europa": Als Deckmantel für französische Hegemonialpläne, als Verbrämung der widerrechtlichen Annektion von deutschen Landesteilen, als Wunderformel für ungelöste Probleme, als Zwangsjacke für die freie Entwicklung der Kraft eines Volkes, als Verschleierrung bitterer Tatsachen in Abhängigkeitsverträgen und als

künstliches Anreizmittel zur Erhöhung der deutschen Wehrfreudigkeit. Diese ganze gegenwärtige Konstruktion eines Miniatur-Europa wird niemals lebensfähig sein, wird auch nicht als Kristallisationskern für eine große, echte, europäische Gemeinschaft wirken können, weil sie im Eilschritt ohne die notwendige Rücksicht auf berechnete psychologische und wirtschaftliche Interessen, auf ein festes Fundament des Rechtes und der Gleichberechtigung "am Dachstuhl" angepeckt wurde, weil der Versuch deutlich gezeigt hat, ja, daß unter der Flagge Europas Napoleons Rheinbund-Konzept fröhliche Urständ feiert.

Zu dieser Wiederauflage der Rheinbundpolitik gesellt sich noch ein anderes, ebenso wesentliches Moment. Das Machtstreben und der Herrschaftsanspruch einer bestimmten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schicht - besonders ausgeprägt in der Bundesrepublik - soll durch die Konstruktion dieses Westblocks konserviert und weitgehend gekräftigt werden. Dieser "Salazarismus" kommt in der technokratischen Struktur und in dem selbtherrlichen Managertum der West-Abkommen sehr deutlich zum Ausdruck. Diese Form der Planung erfährt ihre Krönung in der nahezu vollkommenen Entmachtung der in dem Vertragssystem vorgesehenen Parlamente. Durch die politische Entmannung dieser Körperschaften erhält der Begriff von der "Demokratie" eine neue fatale Aktualität.

Der Mißbrauch des Namens und der Idee "Europa" als Konkurrenz-begriff zur deutschen Einheit gewinnt aus dieser Sicht eine tiefere politische Bedeutung. Auch die neue europäische Aktivität des französischen Außenministers im Zusammenhang mit der Saarfrage scheint uns eine Flucht nach vorne zu sein, (zu der er sich sicher nicht ungern entschlossen hat), nachdem überall dort, wo sich eine wirkliche deutsche Gleichberechtigung abzuzeichnen beginnt, die französische Europa-Begeisterung erlischt und einem handfesten nationalistischen Pfänderspiel in Stile von 1806 Platz macht.

Deutschland und vor allem die deutsche Jugend sind trotz aller dieser enttäuschenden Erscheinungen nach wie vor bereit, an einer echten europäischen Gemeinschaft mitzubauen. Aber nur ein ganzes Deutschland kann in Europa aufgehen - auch der Berliner CDU-Abgeordnete Lemmer hat dies kürzlich vor dem Bundestag festgestellt. Wir wollen Europa, aber ein Europa, das uns nicht neue wirtschaftliche Zwangsjacken näht, sondern die Völker allmählich von unrationellen wirtschaftlichen Schranken befreit: Wir wollen eine Gemeinschaft der europäischen Völker, in der die Gleichberechtigung auf unumstößlichen praktischen Tatsachen beruht und sich nicht auf Formeln einer verschwommenen Präambel beschränkt.

Die Tory-Regierung provoziert die Gewerkschaften

B.C.,-London, Anfang August

Das seit Jahrzehnten entwickelte und im Jahre 1945 von der Labour-Regierung gesetzlich geregelte Schlichtungssystem hat sich gut bewährt. Seit Kriegsende war Großbritannien unter allen industriellen Ländern dasjenige mit der niedrigsten Ziffer durch Streik verlorener Arbeitstage.

Eine willkürliche Provokation der Tory-Regierung hat jetzt den ganzen Aufbau bedroht, und es ist nicht abzusehen, welche Folgen dieser Bruch des industriellen Friedens gerade zu einer Zeit haben wird, in der, wie die konservative Regierung immer wieder betont, das Land um seine wirtschaftliche Existenz ringt.

Die Teuerungspolitik des konservativen Schatzkanzlers Butler hat eine entsprechende Lohnbewegung ausgelöst. Im Zuge dieser Lohnbewegung, die insgesamt 300 Mio Pfund im Jahr mehr fordert, haben die verschiedenen Gewerkschaften ihre Ansprüche ordnungsgemäß den Bezirks-Lohn-Räten angemeldet, die die unterste Instanz des Schlichtungsapparates darstellen, und in denen die Arbeitgeber und -nehmer der betroffenen örtlichen Industrie zusammensitzen. Können sie sich nicht sogleich gütlich einigen, so geht der Anspruch an den Arbeitsminister, der ihn entweder in den Instanzenweg des komplizierten Schlichtungsapparates schicken, oder ihn aber ablehnen kann, woraufhin dann die abgewiesene Seite Aktionsfreiheit hat, also Arbeitnehmer streiken, Arbeitgeber aussperren können.

Im Falle von zwölf Ortsräten der Transportarbeiter und -angestellten (deren Forderungen seit Februar vorlagen und relativ geringfügig - durchschnittlich acht shilling je Woche - sind) hat jetzt, nach fünf Monaten Überlegung, der Arbeitsminister einen dritten Weg beschritten, offenbar als einen Versuchsballon. Außer der Abweisung und der Einweisung in den Schlichtungsweg sieht nämlich das Gesetz über Lohnräte von 1945 noch vor, daß der Minister den Anspruch an den örtlichen Rat zur A b ä n d e r u n g zurückverweisen kann. Damit wollte der Gesetzgeber natürlich nur die Möglichkeit schaffen, daß der Minister dem Ortsrat seine eigenen Bemerkungen und Ratschläge

zuleiten könnte, um doch noch eine Einigung in erster Instanz zu erreichen, bevor die Sache in den zeitraubenden Schlichtungsapparat geht. Keineswegs aber wollte der Gesetzgeber damit dem Minister die Möglichkeit geben, die Sache fünf Monate lang und länger zu verschleppen. Das aber hat der Arbeitsminister jetzt versucht und so einen klaren Mißbrauch mit dieser Gesetzesbestimmung getrieben: Erzwingung eines Lohnstops ohne Zustimmung der gesetzlichen Arbeitnehmerorgane, also gerade das Gegenteil dessen, was das Gebäude des Schlichtungswesens bezweckt !

In den Gewerkschaften, die der Tory-Regierung gegenüber geradezu Engelsgeduld bewiesen haben, beginnt es langsam zu kochen. Der T.U.C.-Council (Generalrat der Gesamtgewerkschaften), dessen Vorsitzender Sir Vincent Tewson ist, hatte auf Churchills Einladung eine Besprechung mit dem Kabinett. Über diese Konferenz gab es keine amtliche Verlautbarung, doch heißt es, daß Sir Vincent und seine Kollegen kein Blatt vor den Mund nahmen, und daß einigermaßen die Funken gestoben sind.

Wenn die konservative Regierung auf ihrem Wege beharrt, einen Lohnstop erzwingen zu wollen (die meisten Gewerkschaften sind freiwillig dazu bereit, falls Preise gesenkt und Profite beschnitten werden), dann wird Großbritannien die größte Lohnbewegung seiner Geschichte nicht erspart bleiben, ein Schlag, den sich die heute so labile Volkswirtschaft nicht leisten könnte.

Es gibt Stimmen, die behaupten, Churchill wolle das, um im Lande Stimmung gegen die Arbeiter zu erzeugen, die er dann durch eine plötzliche Wahl mit dem Ziel ausnutzen könnte, sich eine bessere Mehrheit zu verschaffen. Doch ist diese Annahme wohl abwegig. So blind könnte selbst der wütendste Tory nicht sein, bestimmt aber nicht Churchill, der zwar skrapellos, aber kein Narr ist !

+ + +

SPD - Brief an den Bundeskanzler

Abgeordneter Mellies über die Möglichkeiten verstärkter Berlin-Hilfe

Die sowjetzonalen Machthaber versuchen Berlin und die sowjetische Besatzungszone immer stärker von Westdeutschland abzuschneiden und damit erhöhte Schwierigkeiten für die Berliner Wirtschaft zu schaffen. Als stellvertretender Vorsitzender des Berlin-Ausschusses des Deutschen Bundestages, hat der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Mellies in dieser Sache einen Brief an den Bundeskanzler gerichtet. Mellies bezieht sich darin auf eine Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen des Berlin-Ausschusses über Steuererleichterungen für die Berliner Wirtschaft, über die Verschonung Berlins von den Preiserhöhungen für Kohle, auf die Verbesserung der Frachtsituation und eine Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues in Berlin. - In dem Brief heißt es dann wörtlich:

"Die SPD hätte gewünscht, daß die Empfehlungen des 9. Ausschusses zur Grundlage einer einheitlichen Aktion gemacht worden wären, um die Bundespolitik zur Stärkung und Förderung der Berliner Wirtschaft gesetzlich zu fundieren. Auf diese Weise würde man in der Lage gewesen sein, der Stagnation der West-Berliner-Wirtschaft zu begegnen und die zu erwartenden Auswirkungen erneuter Maßnahmen der östlichen Machthaber aufzufangen. Das Ergebnis unserer Bestrebungen, wie es im Dritten Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft niedergelegt ist, hätte der SPD Anlaß gegeben, auf die Schwächen des Gesetzes in einigen Punkten hinzuweisen. Wir wollten jedoch die schnelle Annahme des Gesetzes nicht aufhalten. So sehr die Umsatzsteuerbefreiung für Lieferungen nach Westdeutschland der Berliner Wirtschaft einen Aufschwung geben kann, so ist doch zu bedenken, daß die jetzt eintretende Kohlenpreiasteigerung und Frachterhöhung einen Teil dieser Vorteile aufhebt. Wir behalten uns deshalb vor, die in diesem Zusammenhang zu erörternden Fragen im Bundestag zur Sprache zu bringen und die infolge Zeitmangels unerbliebene Aussprache über die Berlin-Politik nachzuholen.

Es wäre wünschenswert, wenn die Bundesregierung angesichts der erheblichen Frachterhöhung den Grundsatz aufstellen würde, daß für Lieferungen von Westdeutschland nach Berlin höchstens diejenigen Frachtsätze zur Erhebung kommen, die innerhalb des westlichen Bundesgebiets gelten. Die Bundesbahn hat mit der Sowjetzone ein Abkommer

getroffen, das praktisch darauf hinausläuft, daß die Gütertarife von den Zonenübergangsstellen bis Berlin nach den Prinzipien des Auslandsverkehrs abgerechnet werden. Dadurch entstehen, besonders nachdem die Ostbahn alle Frachterhöhungen des westdeutschen Gebiets für den Berlin-Verkehr nachgeholt hat, Frachtverteuerungen, die sehr erheblich sind. Leider ist dieser Punkt in dem Gesetz nicht behandelt worden. Die getroffenen Verwaltungsmaßnahmen beziehen sich nur auf die Kohlenfrachten für Strom und Gas für Haushaltszwecke. Die unbefriedigende Lösung der obengenannten Punkte belastet die Berliner Wirtschaft sehr erheblich.

Weiter richten wir Ihre Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der Auftragslenkungsstelle, die nach unserem Dafürhalten mit einer besonderen Effektivität arbeiten müßte, da sowohl in den Bundesresorts wie in Ländern, Gemeinden und in der privaten Wirtschaft erhebliche Widerstände zu überwinden sind, bevor größere Aufträge nach Berlin gelegt werden. Die Leitung dieser Stelle muß deshalb baldigst einer energischen Persönlichkeit übertragen werden.

Auf einen anderen Punkt möchten wir noch aufmerksam machen. Man hat beabsichtigt, den Berliner Export besonders zu begünstigen, indem man die Exporte subventioniert. Die Vorschläge, die dafür gemacht worden sind, müßten auf die eine oder andere Weise realisiert werden. Tatsächlich ist für die Exportförderung in Berlin heute kein besonderer Anreiz vorhanden. Es liegt im allgemeinen deutschen und im speziellen Berliner Interesse, einen möglichst hohen Anteil des Exportes Berlin zur Verfügung zu stellen.

Schließlich wäre noch darauf hinzuweisen, daß der ursprüngliche Plan der zuständigen Ausschüsse des Bundestages dahin ging, zur Ankurbelung der Bautätigkeit 100 Mio M zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag wäre in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, des Zerstörungsgrades der Häuser und des Mangels an preiswerten und gesunden Wohnungen in Berlin dringend erforderlich. Der von der Bundesregierung angekündigte Betrag von 35 Mio M (10 Mio M zusätzliche Mittel und 25 Mio M Vorgriff aus dem Lastenausgleich) reicht bei weitem nicht aus. In diesem Zusammenhang erwähnen wir, daß die

sowjetzonale Regierung anscheinend alle für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel für den Ostsektor Berlins einsetzt und eine relativ hohe Bautätigkeit entfaltet, die selbstverständlich propagandistisch ausgenutzt wird.

Die Fraktion der SPD glaubt, daß finanzielle Erwägungen kein hinreichender Grund für die unbefriedigende Regelung mancher Punkte des Berlin-Programms sein können. Wir wissen, daß der Erfolg oder Mißerfolg der Berlin-Politik auch für die Bundesrepublik von schicksalhafter Bedeutung sein wird. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß Sie, Herr Bundeskanzler, unmittelbar nach den Parlamentsferien im Bundestag über die inzwischen durchgeführten und aufgrund unseres Schreibens etwa noch beabsichtigten Maßnahmen Bericht erstatten werden".

+ + +

"Mißbrauch des Kirchenplatzes"

(sp) Der Bonner "Generalanzeiger" befaßt sich in seiner letzten Ausgabe mit gewissen Machenschaften der "nach Frankreich orientierten Hoffmann-Partei", der Christlichen Volkspartei des Saarlandes. Er wendet sich dagegen, daß Jugendliche dieser Partei seit einiger Zeit nach den Gottesdiensten vor den katholischen Kirchen Schriften verteilen, mit denen der für den Herbst vorgesehene Wahlkampf im Saargebiet vorbereitet werden solle - selbstverständlich im Sinne der Hoffmann-Politik. Gegen diesen Artikel ist nichts einzuwenden, im Gegenteil, viele Punkte sind nachdrücklich zu unterstreichen.

Doch sei es erlaubt, aus diesem Anlaß auf etwas hinzuweisen, was nicht im Zusammenhang mit einer deutschen Saarpolitik steht, sondern mit einer Gepflogenheit, die nicht nur an der Saar, sondern leider auch in vielen Teilen des deutschen Bundesgebiets anzutreffen ist. Der "Generalanzeiger" findet dafür selbst die Worte: "Mißbrauch des Kirchenplatzes". Er meint damit die politische Propaganda in mitteilbarem zeitlichen und räumlichen Kontakt mit der kirchlichen Betätigung, die vollkommen unpolitisch sein sollte.

In der Bundesrepublik wird leider nicht nur der Platz vor der Kirche immer wieder in dieser Richtung mißbraucht, sondern die Kanzel selbst. Es wäre gut, wenn die Erkenntnis allgemein würde, daß kirchliche Einrichtungen und die positive Einstellung so vieler Menschen ihnen gegenüber nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden sollten - ganz gleich, wo das geschieht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Forderungen für Frau und Familie im Aktionsprogramm der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nachstehend bringen wir den Abschnitt "Frau und Familie", in dem die Forderungen der SPD für die Gleichberechtigung der Frauen und den Schutz der Familie niedergelegt sind:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit jeher für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die gesetzliche Gleichstellung der Frau eingetreten. Diese Forderung ist im Grundgesetz der Bundesrepublik anerkannt. Die SPD fordert eine Reform des Eherechts und die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen für die weiblichen Beamten.

Die Frau muss ein Recht auf ihren Arbeitsplatz haben sowie Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Löhne und Gehälter sollen lediglich durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers bestimmt werden. In den Tarifverträgen darf es keine "Frauenlöhne" mehr geben. Die sogenannten "typischen Frauenarbeiten" müssen neu bewertet werden, da ihre gegenwärtige Bezahlung ihrem Wert nicht entspricht.

In ihrem Arbeitsbereich muss die Frau dieselben Aufstiegsmöglichkeiten haben wie der Mann. Frauen müssen mehr als bisher für die Mitarbeit in leitenden Regierungsstellen, öffentlichen Ämtern, in Verwaltung und Gesetzgebung herangebildet werden.

Die SPD erstrebt eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der keine Mutter vorschulpflichtiger Kinder aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein soll, einem Erwerb nachzugehen. Die Arbeitsschutzgesetzgebung muss der besonderen Aufgabe der arbeitenden Frau und Mutter Rechnung tragen. Durch Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der Frauen mit Betriebserfahrung beteiligt sein müssen, soll die Anwendung dieser Gesetze ständig kontrolliert werden.

Ein ausreichender Mutterschutz für alle berufstätigen Frauen, auch für die Beamtinnen und Selbständigen ist dringend nötig. Auch eine gleichwertige Fürsorge für alle nicht berufstätigen Frauen ist erforderlich.

Durch Einrichtung von Kindergärten, Kinderhorten, Kinder- und Müttererholungsheimen müssen die arbeitenden Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung geschützt werden.

Nur der Erfolg der sozialdemokratischen Politik sichert die Möglichkeit ausreichender Massnahmen für den Bestand der Familie. Staatliche Kinderbeihilfen, Mütter- und Säuglingsschutz, eine sozial gerechte Lohngestaltung und eine Politik der Vollbeschäftigung.

Beim Wohnungsbau muss auf die Bedürfnisse rationeller Haushaltsführung und neuzeitlicher Hygiene Rücksicht genommen werden. Alle Neubauvorhaben sollen einen bestimmten Teil von Kleinstwohnungen für Alleinstehende vorsehen.

In der Ehe- und Sozialgesetzgebung muss die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit angesehen werden. Im Falle von Krankheit oder Erholungsurlaub der Hausfrau müssen Heimhilfen aus Mitteln der Sozialversicherung bereitgestellt werden.

Die SPD fordert die Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen; vor allem im Interesse alleinstehender Mütter. Sie fordert die Einrichtung öffentlicher Eheberatungsstellen.

Die Erziehung in Elternhaus und Schule, in der Erwachsenenbildung und durch Presse und Rundfunk muss erreichen, dass Männer und Frauen die Gleichberechtigung als Selbstverständlichkeit empfinden.